

Wöchentlich 60 Pf., monatlich 1,80 Mk.
Im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 Mk.
einjährlich 60 Pf. Postbezug- und
72 Pf. Postbefreiungsbetrag. Ausland-
abonnement 4.— Mk. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, „Mittwöchliche Beilage“, „Beilage
zum „Vorwärts“ und „Rückwärts“, Ferner
„Unterhaltung und Witz“, „Frauen-
stimme“, „Schul“, „Blitz“ in die
„Vorwärts“- und „Jugend-Vorwärts“-

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration
des Vermögens, die in der
„Klein-Konzession“ des ein-
seitigen Besitzes liegt, ist ein
schweres Hindernis für die
Entwicklung der Wirtschaft.
Jedes weitere Wort
12 Pfennig. Streikgefahr das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienangelegenheiten
40 Pfennig. Angelegenheiten im Haupt-
geschäft Lindenstraße 2, wochentlich
von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dänisch 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontos: Berlin 27506. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Dr. S u. Diet.-Ges. Postfach 1000 Berlin 2.

Polenvertrag endlich fertig.

Nach jahrelangen Verhandlungen.

Warschau, 6. März. (Eigenbericht.)

Die von dem deutschen Gesandten Kaufher und dem polnischen Delegationsführer Twardowski geführten Handelsvertragsverhandlungen sind endgültig abgeschlossen. Die Unterzeichnung dürfte ansangs nächster Woche erfolgen. Kaufher ist am Donnerstag nach Berlin gefahren.

Das Abkommen ist vor allem auf dem Grundsatze der gegenseitigen Reziprozität aufgebaut. Die polnischen Einfuhrverbote, die jedoch nur eine geringe Anzahl Waren umfassen, bleiben aufrechterhalten und dürfen erst mit dem Beitritt Polens zur Genfer Konvention über den Verzicht auf Ein- und Ausfuhrverbote aufgehoben werden. Für diese von den Einfuhrverboten umfaßten Waren hat Polen bestimmte Einfuhrkontingente gewährt. Das Niederlassungsrecht ermöglicht den deutschen Unternehmern Betreibungen in Polen zu errichten und dort eigenes Fachpersonal anzustellen. Ein vollkommen freies Niederlassungsrecht ist nicht in Betracht gezogen worden, da es auch dem Reich nicht erwünscht ist, seinen Arbeitsmarkt durch polnische Arbeitskräfte übermäßig zu belasten. Das Reich gestattet Polen ein Kohleneinfuhrkontingent von 300 000 Tonnen monatlich zu. Ueber die Verteilung dieses Kontingents sollen die Interessenten ein Privatabkommen schließen, das volkswirtschaftlich nachteilige Folgen ausschließt. Ferner ist für den polnischen Schweineexport ein gestaffeltes Kontingent eingeführt worden. Danach werden im ersten Jahr 200 000, im zweiten 275 000 und im dritten 350 000 Schweine nach Deutschland eingeführt.

Große Schwierigkeiten bot im letzten Augenblicke noch der

Schiffahrtsvertrag. Danach erhalten Norddeutscher Lloyd, Hamburg-Amerika- und Südamerica-Linie Konzessionen für den Auswanderertransport und für die Errichtung von je acht Fährkanal in Polen.

Rund vierjähriges Verhandeln mit einer ganzen Anzahl Krisen und Abbrüche, allerdings auch mit einigen wichtigen Zwischenergebnissen von Teilverträgen ist hiermit Erfolg beendet. Gewiß wird es an Protesten der Interessenten nicht fehlen; die hohe polnische Kohleneinfuhr wird dem deutschen Bergbau, besonders dem Waldenburger, dessen Arbeiter schon so schwer zu leiden haben, keineswegs erwünscht sein. Aber die Aussicht auf Beendigung des Zollkrieges ist für unsere Industrie, die Einfuhr billigeren polnischen Schweinefleisches für die Verbraucher Massen von mindestens ausgleichender Bedeutung. Der Wert des Vertragsabschlusses für die so nötige Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen steht außer Frage. So kann man diesen Erfolg begrüßen, der nicht zuletzt unserem Genossen Kaufher und den Instruktoren der sozialdemokratisch geleiteten Reichsregierung zu verdanken ist.

Annahme des Valorisierungs-Abkommens.

Warschau, 6. März.

Das Plenum des Sejm hat heute den Gesetzesentwurf über die Ratifizierung des deutsch-polnischen Valorisierungsabkommens vom Juli 1928 verabschiedet. Das Abkommen sieht die Aufwertung der von beiden Reichen auf Grund des öffentlichen und des privaten Rechts erhobenen finanziellen Ansprüche vor. Der Berichterstatter, Abg. Dr. Diamond (Soz.), betonte, daß der Vertrag einen Schritt auf dem Wege zur Normalisierung der gegenseitigen Nachbarverhältnisse zwischen Polen und Deutschland bilde.

dreizehn Verletzte. In Halle-Annendorf wurden zwei Personen getötet.

Die Schuld an den blutigen Zwischenfällen kommt aufs Haupt der kommunistischen Zentrale und ihrer Hintermänner. Sie haben sie gewollt, weil sie „die unmittelbar revolutionäre Situation“ beweisen sollten. Wir möchten wohl zu wissen, was Herr Krestinski, der Botschafter der Sowjetunion in Berlin, heute über die „unmittelbar revolutionäre Situation“ in Deutschland nach Moskau berichten wird!

Wenn die „Rote Fahne“ heute wiederum den Versuch machen wird, der Polizei die Schuld an den Zwischenfällen zu geben, so wird dies nur der Ablenkungsversuch eines Hauptschuldigen sein! Sie hat seit Wochen zu Zusammenstößen geheizt. Sie hat triumphierend von angeblichen Siegen über die Polizei berichtet, von flüchtenden Polizeibeamten, von Polizeihelmen, die massenhaft den Schauplatz bedeckten, sie hat zum tätlichen Widerstand gegen die Polizei aufgefordert und damit systematisch ihre Anhänger zum Angriff auf die Polizei aufgestachelt.

Die Opfer des 6. März sind die Folge des verbrecherischen Treibens dieser Burschen und ihrer Hintermänner in Moskau!

Kommunistenfiasco im Reich.

Der Versuch der Kommunisten, am 6. März im ganzen Reich große Demonstrationen zu veranstalten, ist täglich gescheitert. Überall folgten nur ganz kleine Gruppen den kommunistischen Parolen. Zu ernststen Zwischenfällen ist es außer in Halle und Berlin nirgends gekommen.

Zwei Tote in Halle-Annendorf.

Halle, 6. März.

In dem benachbarten Annendorf wurde ein Demonstrationzug aufgelöst. Als die Teilnehmer dann wiederum versuchten, einen Umzug zu veranstalten, und die Polizei einschritt, wurden die Beamten tätlich angegriffen und niedergeschlagen. Ein Beamter, der seinem in höchster Not befindlichen Kameraden beistand, mußte, wie der Polizeibericht meldet, von der Schutzwaffe Gebrauch machen, wodurch zwei Personen getötet und eine verletzt wurden.

(Siehe auch 2. Seite.)

Notfinanzen!

Die Steuervorlagen der Regierung.

Von ...

Nach langen Verhandlungen im Reichskabinett ist nunmehr die Frage der neuen Steuervorlagen zu einem gewissen Abschluß gekommen. Wir müssen uns in diesem Augenblicke noch einmal vergegenwärtigen, weshalb es von der im November angefangenen Steuerentwurf nunmehr zu einer erheblichen Steuererhöhung gekommen ist. Diese Wendung erklärt sich wesentlich aus einem Rückgang der Zolleinnahmen, einer erheblichen Mindereinnahme der Steuern und schließlich insbesondere auch aus der Verpflichtung, einen Kredit von 450 Millionen noch in diesem Jahre abzudecken. Diese außergewöhnlichen Verhältnisse, die sich nicht in vollem Umfang voraussehen ließen, haben dazu geführt, daß das Kabinett vor die Zwangslage gestellt wurde, eine starke steuerliche Belastung vorzuschlagen.

Grundsätzlich werden wir uns darüber klar sein müssen, daß ein so erheblicher Betrag nicht allein durch eine direkte Besteuerung oder durch eine Besitzsteuer aufgebracht werden kann, sondern daß eine indirekte Steuerbelastung nicht zu umgehen ist. Die Einstellung der Partei in dieser Frage hat keine Änderung erfahren. Grundsätzlich ist seit langem die Auffassung befestigt, daß, so wie die Dinge sich heute gestaltet haben, eine direkte Besteuerung allein nicht mehr ausreichend sein kann.

Bei der bisherigen Erörterung der Steuerprobleme hat zunächst die Frage, welche Rückwirkung auf die Gestaltung der Arbeitslosenversicherung eintreten wird, eine große Rolle gespielt. Wir wissen, daß einflußreiche Kräfte am Werk waren, eine gewisse finanzielle Erleichterung durch die Minderung der Unterstützung der Arbeitslosen herbeizuführen. Dabei ist immer wieder mit großem Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß im laufenden Finanzjahr rund 550 Millionen Mark aus Reichsmitteln für die Arbeitslosenversicherung aufgewendet wurden. Den sozialdemokratischen Ministern war jeder Versuch, an diesem Arbeitslosenproblem zu rütteln, untragbar. Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß diese entschiedene Stellungnahme von Erfolg begleitet gewesen ist. An der Arbeitslosenversicherung ändert sich nichts.

Eine zweite Frage spielte eine große Rolle: das ist die Heranziehung des Besitzes. Im wesentlichen handelte es sich hier um ungefähr 100 Millionen Mark. Es wurde vorgeschlagen, diese 100 Millionen durch einen einmaligen Aufschlag bei der Einkommensteuer zu erreichen, diesen Aufschlag aber wiederum im nächsten Steuerjahr auf die Steuerleistungen anzurechnen. Dann spielte auch das Projekt eine Rolle, von den Beamten und Festbesitzern eine besondere Abgabe zu fordern mit der Begründung, daß jene Kreise von der unsicheren Wirtschaftslage nicht so betroffen sind wie die Arbeiter. Begeisterter Zustimmung hat dieses Projekt auch in unseren Kreisen nicht gefunden.

Die Frage der Besteuerung des Besitzes ist nun so gelöst worden, daß die Industrieabgabe, die nach dem Dawes-Befehl der Industrie auferlegt war und auf deren Beseitigung die Industrie jetzt einen gewissen Anspruch erheben kann, aufrechterhalten wird, und zwar in der Form, daß von den bisher jährlich 300 Millionen, die der Industrie auferlegt waren, nur 20 Millionen gesenkt werden. Beabsichtigt war eine Senkung von 50 Millionen. Ferner werden einem vorhandenen Fonds, den die Industrie durch dieselbe Abgabe aufgebracht hat, 70 Millionen entnommen, so daß insgesamt — zieht man die in Aussicht genommene Kürzung der Industrieabgabe um 50 Millionen mit in Berechnung — ein Aufkommen von rund 100 Millionen als Besitzsteuer zu verzeichnen ist.

Was nun die anderen Steuervorlagen anbetrifft, so haben wir es zunächst mit einer Erhöhung der Biersteuer zu tun, deren Aufkommen auf 240 Millionen Mark geschätzt wird, von denen 150 Millionen Mark dem Reich und 90 Millionen Mark den Ländern zugute kommen werden. Diese Steuer hat natürlich auch in der sozialdemokratischen Fraktion Widerspruch gefunden. Aber es ist geltend gemacht worden, wenn man schon indirekte Steuern bewilligen müsse, so seien diejenigen vorzuziehen, denen sich der Konsument aus eigenem Willen entziehen kann.

Eine zweite Vorlage betrifft die Erhöhung der Mineralölzölle, die einen Betrag von 65 Millionen Mark aufbringen, von denen 25 Millionen Mark dem Reich und 40 Millionen Mark den Ländern zustehen sollen. Hier wird es sich um eine Belastung handeln, die man als eine Heranziehung der Steuerleistung der Rinderbemittelten nicht bezeichnen kann. Bemerkenswert ist der Einwand, daß diese Steuer auch die öffentlichen Verkehrsanstalten und durch sie die Rinderbemittelten trifft. Hier wird es Aufgabe des Reichstags sein, zu unteruchen, ob für die Verkehrsvergesellschaften nicht eine Rückvergütung eintreten kann. Zu fordern wäre auch, daß der Zoll durch eine innere Abgabe ergänzt wird, damit die Preisdifferenz nicht den Interessenten, sondern dem Reich zugute kommt.

Blutige Zwischenfälle.

Neue Niederlage der Kommunisten. — Drei Todesopfer.

Die kommunistische Partei hat eine neue Niederlage erlitten. Der 6. März sollte zu einem internationalen revolutionären Tag werden — ein internationales Fiasco ist daraus geworden.

Am 4. März kündigten „Pravda“ und „Ismestja“ den 6. März als letzte Etappe an. Die „Pravda“ schrieb:

„Die letzte Phase der Mobilisierung der Massen der Arbeitslosen unter Führung der kommunistischen Partei und der revolutionären gewerkschaftlichen Organisation befindet sich vor ihrem Abschluß. ... In den letzten Wochen fanden hunderte von Versammlungen Arbeitsloser statt, die der konkreten Vorbereitung zum 6. März goltien. Zahlreiche Arbeiter in den Unternehmen haben ihre Bereitschaft kundgetan, sich den Arbeitslosendemonstrationen eine bis zwei Stunden vor Schluß der Arbeit anzuschließen. ...“

Sie deklamierte, die KPD müsse zeigen, daß das deutsche Proletariat die Macht habe, seine Forderungen durchzusetzen. Aufgabe der KPD sei es, dieser Bewegung zum entschiedenen Siege zu verhelfen, der in der Schaffung eines „Sowjet-Deutschland“ bestehe.

Die Deklamationen der „Pravda“ wie die Parolen der deutschen kommunistischen Zentrale sind wirkungslos verpufft. Die Arbeiterchaft in den Betrieben und die Erwerbslosen haben die Drohtzettel allein gelassen. Nur verschwindend kleine Gruppen haben zu demonstrieren versucht. Kein einziger größerer Betrieb in Berlin hat auch nur eine Stunde früher geschlossen. Das Ergebnis des gestrigen Tages ist, daß die kommunistische Partei ihre völlige Isolierung von den Massen aufgezeigt hat.

Die Kommunisten haben bei der Arbeiterchaft, in den Betrieben und bei den Erwerbslosen vollständig abgewirtschaftet. Diese Partei, die bei der letzten Reichstagswahl über drei Millionen Stimmen erhielt, hat keine wirkliche Demonstration zustande bringen können. Mit ein paar hundert Demonstranten in Berlin läßt sich das von Sowjetrußland erhoffte Sowjetdeutschland nicht errichten.

Ihre Stoßtrupps haben nichtsdestoweniger blutige Zwischenfälle provoziert. In Berlin wurden drei Demonstranten und ein Unbeteiligter lebensgefährlich verletzt, mehrere Demonstranten leicht verletzt. Die Polizei hat

Neue Geständnisse.

Die Folgen der „Kollektivierung im Blühtempo“.

Moskau, 6. März.

Nachdem Stalins Artikel das überstürzte Tempo der Kollektivierung so scharf gegeißelt hat, sind kritischen Stimmen nunmehr alle Tore geöffnet. Die Moskauer Blätter beginnen mit der Veröffentlichung von Berichten aus verschiedenen Provinzbezirken und besonders die „Pravda“ teilt mit, daß sie ein reiches Material zur Verfügung hat, aus welchem hervorgehe, daß in vielen Bezirken „Verunstaltungen“ der Richtlinien zu verzeichnen sind, die für die Kollektivierung maßgebend sein sollen.

Vor allen Dingen sei als gefährliche Verletzung dieser Richtlinien die Art zu bezeichnen, wie „der Rufat als Klasse liquidiert wird.“

Einerseits geht die einmal gegen das Kulakenrum mobil gemachte „Dorfarmut“ bei der Einziehung des Kulakenlandes und des Inventars in so brutaler Weise vor, daß die entlegenen Kulaken vielfach Mitleid erwecken.

und zwar gerade bei der Klasse der sogenannten „Mittelbauern“, welche die Sowjetregierung befalls für die Kollektivwirtschaften gewinnen will. Zweitens wird

die Grenze zwischen Kulaken und Mittelbauern vielfach völlig verwischt.

und auch diese zweite Gruppe sieht sich von „gewissen klugen Köpfen“ mit Liquidierungsmaßnahmen bedroht.

Mit den „klugen Köpfen“ meint die „Pravda“ offenbar die Sowjetbeamten und Parteiagenten, denen die Leitung der Kollektivierungsbewegung übertragen ist. Als abschreckendes Beispiel einer schädlichen Ueberstürzung nennt die „Pravda“ den Bezirk Komo-Obessa, wo 400 Bauernwirtschaften im Lauf einer einzigen Woche als „kulakisch“ liquidiert worden sind. Das wirkte auf die Mittelbauern so einschüchternd,

daß sie in einer Panik ihr gesamtes Inventar und ihr Vieh versteckten,

da sie nach den beobachteten Vorgängen ähnliche Maßnahmen auch gegen sich selbst befürchteten.

In diesen Ausführungen liegt das Zugeständnis des völligen Zusammenbruchs des Stalin-Kurses, das Eingeständnis, daß dieser Kurs zu völliger Desorganisation der Landwirtschaft und zur Vernichtung unermeßlicher Werte an landwirtschaftlichem Betriebsvermögen geführt hat. Der Stalinische Zirkus führt das russische Volk immer tiefer ins Elend — aber Diktatur und Terror sichern das Regime vor jeder Verantwortung!

Unser Mitarbeiter Stalin.

Wir lesen in „Gegen den Strom“:

„Der ‚Vorwärts‘ druckt den von uns behandelten Artikel Stalins in seiner Nummer vom 3. März unter der Überschrift ‚Stalin gegen Stalintum‘ wörtlich ab. Wenn die sozialdemokratische Presse einzelne Zitate aus den Schriften der kommunistischen Opposition bringt, dann brüllt die ‚Rote Fahne‘, die ‚Wandlerianer‘ seien ‚Mitarbeiter des Vorwärts‘, sie lieferten der Sozialdemokratie ‚Material‘. Nach der Logik der ‚Roten Fahne‘ ist Stalin heute ein Mitarbeiter des ‚Vorwärts‘, ein Lieferant von Material für die Zwecke der Sozialdemokratie.“

Stalin, der jetzt ‚Mitarbeiter des Vorwärts‘ ist, müßte nun eigentlich bestreiten, daß er im Sinne der Erklärung Pjeds in der Berliner Stadtverordnetenversammlung „nach Eroberung der Macht“ durch das Z.R. der K.P.D. an die Wand gestellt werden würde. Aber bekanntlich darf Stalin alles. Was er tut ist immer leninistisch — wenn es andere tun, ist es eine antileninistische Abweichung.“

Ein Erlass Groeners.

Gegen kommunistische und nationalsozialistische Umtriebe.

Gegenüber kommunistischen und nationalsozialistischen Zerschlagungsversuchen hat der Reichswehrminister folgenden Erlass an alle Dienststellen gerichtet:

„Nach einer kurzen Spanne ruhiger Entwicklung steht die deutsche Republik wieder im schwersten Schicksalskampf. In dieser Zeit schwersten Ringens treten die Kräfte wieder auf den Plan, die glauben, nur in radikaler Abkehr von den heutigen Zuständen sei der Weg in die Zukunft zu finden. Materielle Not und ideale Enttäuschung werden in gleicher Weise für sie.“

Die Kommunisten glauben die Zeit nähergerückt, wo sie den heutigen Staat und die heutige Gesellschaft umstürzen können. Sie legen ihre erste und wichtigste Aufgabe mehr als je darin, die Machtmittel des Staates zu zerlegen. Sie wissen, daß sie nur auf diesem Weg den heutigen Staat zerschlagen und eine Diktatur nach russischem Muster errichten können.“

Auch das Ziel der Nationalsozialisten — so unklar es auch ausgesprochen wird — liegt in derselben Richtung. Auch sie wollen die gewalttätige Zerschlagung des heutigen Staates und die Diktatur ihrer Partei. Sie unterscheiden sich von den Kommunisten nur durch die nationale Grundlage, auf der sie stehen. Sie geben vor, Deutschland von den Ketten von Versailles durch eine gewaltsame Zerreißung der Verträge befreien zu wollen, aber sie gestehen selbst ein, daß wir dazu nicht die Macht haben. In erster Linie erstreben sie daher den inneren Kampf, und darum werden sie um die Beherrschung. Um diese für ihre parteipolitischen Ziele auszunutzen, spiegeln sie vor, die Nationalsozialisten verträten allein die wahrhaft nationale Idee.“

Nur einer starken Reichsgewalt wird es gelingen, Deutschlands Geschick in der Zukunft zu meistern. In der einzigen, geschlossenen, überparteilichen Reichswehr findet das Reich sein schärfstes und vornehmstes Machtmittel. In sich muß die Beherrschung zusammengeschmiedet sein durch Gehorsam und Vertrauen. Dem Soldaten verkörpern die Vorgesetzten den Staat. Wer nicht auf diese, sondern auf radikale Schreier, gleichgültig wo sie stehen, blind, ist ein Schädling: er wird in der Stunde der Entscheidung verurteilt.“

Ich erlaube die Herren Kommandeure, diese Gesichtspunkte eingehend und wiederholt mit ihren Offizierkorps zu besprechen und dem inneren Zusammenhalt der Truppe ihre vornehmste Sorge zuzuwenden. In dieser Erziehungsarbeit sehe ich die wichtigste Aufgabe. Wer hier verlagert, fällt seine Stellung in der Beherrschung nicht aus. Ueber solche Persönlichkeiten ist mir auf dem Dienstwege zu berichten.“

Befehl ausgeführt!

In Königsberg machten Hafenträger, die aus Berlin Zugang bekommen hatten, auf Reichsbannerleute einen Feuerüberfall.



„Sie liegen! Und jetzt wieder schnell zum Bahnhof!“

Tardieu führt die Reaktion.

Die Kluft zwischen rechts und links vertieft.

Paris, 6. März. (Eigenbericht.)

Tardieu, der den Ehrgeiz heilt, die große Koalition aus den bürgerlichen Parteien auf die Beine zu bringen, ist überraschend bescheiden geworden. Der Ausgang der Kammer Sitzung vom Mittwoch, der seinem Kabinett eine wenn auch pretäre Existenz sichert, hat ihn zum Führer der Reaktion aller Schattierungen gestempelt. Er ist auch damit zufrieden, und die gesamte Rechtspresse weicht sich vor Siegesjubel kaum mehr zu lassen.

Tatsächlich hat die Mehrheit von 33 Stimmen, die das Kabinett am Mittwoch erhalten hat, ihre eigenen kühnsten Erwartungen übertroffen, nachdem man selbst in unmittelbarer Umgebung des Ministerpräsidenten mit nicht mehr als 20 bis 30 Stimmen gerechnet hat. Diese Stimmen sind ihm vor allem aus dem Lager der Mittelparteien zugefallen, dessen radikale Linke sich aus Angst vor einer neuen Krise und ihren Folgen bestimmen ließ, bis auf neun Mann geschlossen ins Lager der Reaktion überzulassen. Die Gegenrechnung für diesen neuen Berrat am eigenen Programm werden sie genau so erhalten, wie sie am Mittwoch die Mitglieder aus den bürgerlichen Linksparteien erhalten haben, die um eines Portefeuilles willen ihre Ueberzeugung über Bord geworfen haben. Die Aktion, die ihnen die Linke erteilt hat, war bitter, aber wohl verdient, und die Dumesnil, Falcoz und Baval werden sicher gut daran tun, sich künftig nicht allzu häufig in der Kammer bilden zu lassen.

Die politische Bedeutung der Entscheidung am Mittwoch liegt vor allem in der Tatsache, daß Tardieu selbst die Trennungslinie zwischen rechts und links mit aller Schärfe gezogen und damit die Kluft zwischen sich und den Parteien der bürgerlichen Demokratie, die er immer wieder durch seine taktischen Ränke zu überbrücken versucht hat, so tief gerissen hat, daß es eine Verständigung nicht mehr geben kann. Die beiden Redner der radikalen Partei, Herriot und Dalimier, haben darüber nicht nur keinen Zweifel gelassen, sondern auch bereits die Konsequenzen daraus gezogen. Ihre Bemerkungen gingen offensichtlich dahin, die seit Ende der radikalen stark gelockerten Bande zwischen der bürgerlichen Linken und den Sozialisten neu zu knüpfen. Tardieu, der darauf spekuliert hat, daß der Uebertritt der Dumesnil und Genossen bei den radikalen Nachahmung finden werde, sah sich in dieser Hoffnung schwer enttäuscht. Er steht einer geschlossenen Opposition gegenüber, die durch die Entwicklung der letzten

14 Tage eine beachtenswerte Konsolidierung erfahren hat. Daß diese Opposition keineswegs steril ist, zeigt sich schon aus der Tatsache, daß das Kabinett gezwungen war, sowohl in inner- wie außenpolitischer Hinsicht sich ihre wichtigsten Programmforderungen zu eigen zu machen. „Noch ein paar Regierungskrisen“ — konnte am Mittwoch Dalimier, der Interpellant der bürgerlichen Linken, ironisch ausrufen — „und unser Programm wird in seiner Gesamtheit verwirklicht sein.“

Auch die Sozialisten hatten keinen Grund, mit der gegenwärtigen Situation unzufrieden zu sein. Die jüngste Nachwahl in Montblier, wo es Lannier gelungen ist, eine der Hochburgen der gemäßigten Republikaner zu erobern, zeigt, daß die Massen bereits in voller Aufsehnung gegen die Herrschaft der Reaktion sind. „Die sozialistische Partei“ — schreibt Paul Faure am Mittwoch — „wird den Kampf unermüdet fortsetzen. Sie wird die Geschäftspolitiker nicht länger ungestrukt und alle Kräfte der Demokratie mobilisieren.“

Erste Regierungschlappe.

Paris, 6. März.

Die Regierung hat in der Kammer heute ihre erste Niederlage erlitten, die allerdings keine Folgen haben wird, da nicht die Vertrauensfrage gestellt gewesen war. Der sozialistische Abg. Vincent-Auriol verlangte in der Einzelberatung des Einnahmehaushalts Zurückverweisung des Artikels über die Besteuerung bei Besitzwechsel an den Ausschuss mit der Forderung, den Besitzwechsel stärker, aber die kleinen Erbschaften geringer zu besteuern. Finanzminister Germain-Martin wollte sich in einem Votum mit dem Generalsekretär des Finanzausschusses zu einem Zugeständnis bereit erklären unter der Bedingung, daß sofort im Plenum eine Lösung gefunden werde. Dagegen wandte sich Vincent Auriol unter der Berufung auf die Tatsache, daß die Regierung sich den Standpunkt des Finanzausschusses in Steuerfragen zu eigen machen wolle. Er wurde in seiner Forderung durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses Masary unterstützt, so daß schließlich nichts anderes übrig blieb, als den Antrag zur Abstimmung zu stellen. Der Antrag auf Zurückverweisung in den Ausschuss wurde gegen den Willen der Regierung mit 363 gegen 266 Stimmen angenommen.

Die Industriebelastung.

Das Aufkommen fließt dem Reiche zu.

Der Reichsrat stimmte einem Gesetzentwurf über die Verwendung des ersten Teilbetrags der Aufbringungsleistungen 1930 zu. Es handelt sich um den am 20. Februar fällig gewordenen ersten Teilbetrag aus der Industriebelastung, nach dem Verteilungsschlüssel insgesamt 150 Millionen Mark. Die Abgaben der Industrie mußten bisher an die Bank für Industrie-Obligations abgeführt werden. Nach dem Inkrafttreten des Young-Plans hört nach außen hin die Verpflichtung zur Reparationsleistung der Industrie auf. Der neue Gesetzentwurf bestimmt nun, daß der am 20. Februar fällig gewordene erste Teilbetrag für 1930 dem Reiche zuzufleßen soll. Das neue Gesetz soll mit der Inangriffnahme des Young-Plans in Kraft treten. Ferner erledigte der Reichsrat kleinere Vorlagen.

Alkohol wieder im Vormarsch.

Schantstättengesetz wieder verschlechtert.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages ist am Donnerstag die Relation im Schantstättengesetz, die eine Schantwirtschaft auf 400 Einwohner als Regel aufstellen wollte, gefallen. Das Zentrum erklärte sich gegen die Relation. Die Deutschnationalen, die ihr alkoholgegnärisches Mitglied Strathmann aus dem Ausschuss zurückgezogen haben, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei ließen erklären, daß sie gegen das ganze Gesetz stimmen würden, wenn die Relation bleibe.

Genosse Solmann führte aus, daß nach diesen Erklärungen eine Mehrheit für die Relation nicht zu erwarten sei. Die Sozialdemokratie mache ihre endgültige Haltung von der Bestätigung der weiteren Paragraphen, insbesondere des Arbeiter- und Jugendschutzes und der Konzeptionsfrage abhängig. Heute werden sie sich der Zustimmung enthalten. Die Relation wurde dann mit den Stimmen des Zentrums, der Demokraten, der Wirtschaftspartei, der Volkspartei und der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Kommunisten und der Volkskommission gestrichelt. Ein Antrag Solmann, die alkoholischen Gaststätten von dem Bedürfnisnachweis zu befreien, wurde mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Herr Grüner, Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht, hat den Befehl der Stahlschmelze gefunden. Der „Stahlhelm“ drückt den moralisierenden Demagogenbrief des Herrn Grüner an leitender Stelle ab. Die anständigen Menschen wollen nichts mit ihm zu tun haben.

Brasilianische Präsidentschaftswahl. Nach den zuletzt bekanntgewordenen Ergebnissen der Präsidentschaftswahl haben Julio Prestes 895 976 Stimmen, und der Kandidat der Liberalen Allianz Getulio Vargas 741 833 Stimmen erhalten. Der Sieg des Kandidaten der bisherigen Regierung erscheint demnach gesichert.

Amannullah macht wieder kehrt. Von Konstantinopel, wo er ansehend auf dem Wege nach Kabul eingetroffen war, ist Amannullah wieder nach Rom zurückgekehrt.

Die Reisekosten Macdonalds. Staatssekretär Henderson teilte im Unterhaus mit, daß die Kosten des Besuchs des Ministerpräsidenten Macdonald in den Vereinigten Staaten etwa 1600 Pfund Sterling betragen haben.

200 000 im Berliner Konsum!

Aber Arbeitslosigkeit drückt den Umsatz.

Der Konsum-Gesellschaft Berlin und Umgegend schlossen sich im Februar 1930 weitere 2712 Haushaltungen an; es wurde damit eine Mitgliederzahl von 199 906 erreicht...

Der Gesamtumsatz des Monats Februar betrug sich auf 6345 398 M.; im Vergleich zum Februar des Vorjahres ergibt sich ein Mehrumsatz von 818 513 M. = 10,8 Proz. Steigerung.

mit 31,75 M. blieb hinter dem Ergebnis des vorjährigen Februar etwas zurück. Diese Erscheinungen dürften auf zwei Ursachen zurückzuführen sein: Die vorjährige starke Frostperiode führte zu erhöhten Barausverkäufen...

Die Einlagen der konsumgenossenschaftlichen Sparkasse erhöht sich im Monat Februar um 913 626 M.; der Einlagenbestand belief sich am Ende des Monats auf 43 602 770 M.

Panuropa der Elektrizität.

Norwegischer Strom über die Ostsee.

Kürzlich wurde über den Plan eines norwegisch-deutschen Stromausbaus berichtet, dessen Bewirkung den Plan wäre, eine neue Periode der europäischen Elektrizitätswirtschaft einzuleiten.

Zum Verständnis

Der erwähnte Plan sei am folgendsten erinnert: die gesamte Leistung der Werke der Bewag (Berliner Städtische Elektrizitätswerke) beträgt gegenwärtig rund 300 000 Kilowatt.

Die Kosten des gesamten Projekts, d. h. der Kraftwerke sowie der Fernleitungen und Kabel, werden mit rund 500 Millionen Franken angegeben...

Es ist zwar noch nicht sicher, ob dieser Plan nun wirklich in ausführlicher Form durchgeführt wird; denn zu den großen technischen und finanziellen Schwierigkeiten werden vielleicht auch noch politische Bedenken treten.

Die Sprengung der Grenzen.

Die elektrizitätswirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte bedeutete den Sieg der Großkraftwerke über die ursprünglichen kleinen Kraftzentren.

Parallell mit der Möglichkeit, immer größere Strommengen zu erzeugen, lernte man auch immer größere Spannungen zu beherrschen. 1882 wurde bei München erstmalig eine Leistung von 2 PS. über eine Entfernung von 57 Kilometer übertragen.

Diese technischen Fortschritte stehen schon seit einer Reihe von Jahren die Frage aufzuwerfen, ob es nicht zweckmäßig sei, die großen Wasserkraftsenträte der Alpen...

Küchenhandel mit Elektrizität.

Der Uebergang eines großen Teiles der Elektrizitätserzeugung in die öffentliche Hand, insbesondere der Länder und des Reichs, bedeutete gegenüber der vorher herrschenden Zersplitterung einen ungeheuren Fortschritt...

2 Milliarden Kilowattstunden jährlich nach den Vereinigten Staaten ausgeführt.

Immerhin machte insgesamt bei den meisten Ländern die Elektrizitätsein- und -ausfuhr doch immer nur einen kleinen Bruchteil der gesamten Elektrizitätserzeugung aus.

Norwegens, Schwedens und des Alpengebietes

so auszubauen, daß die gewonnene Energie in Mittel-, West- und Südeuropa verbraucht werden könnte.

Ein Weg zur Europawirtschaft.

Durch die Vielzahl der Länder ist Europa in dieser technisch und wirtschaftlich erforderlichen Entwicklung gegenüber den großen einheitlichen Wirtschaftsgebieten der Vereinigten Staaten oder der Sowjetunion im Nachteil.

Selbstfalls sollte man sich darüber im klaren sein, daß es sich bei Projekten wie der erwähnten Stromausfuhr aus Norwegen nach Deutschland keineswegs nur um technisch und finanziell interessante und neuartige Erscheinungen handelt.

Heute Diskontsenkung.

Der Zentralausschuß der Reichsbank einberufen.

Die gestrige Diskontsenkung in London (Ihr folgten auf dem Fuße Stockholm und Kopenhagen) waren für Deutschland eine große Überraschung, nachdem England bisher so lange gezögert hatte.

Es ist bedauerlich, daß die Reichsbank diesen Anschluß sich von außen hat aufzwingen lassen. Barmäßig und mit Rücksicht auf die Geldmarktsituation wäre diese deutsche Diskontsenkung schon früher möglich gewesen...

Man wird nicht ledigen in der Annahme, daß auch die Bundesreserverbank in New York ihren jetzigen Diskontsatz von 4 Prozent nach dem Vorgehender der Bank von England auf 3 1/2 Prozent ermäßigen wird.

Bedrängter Wohnungsbau.

Rundgebung der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft.

Der Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften nahm gestern in einer Rundgebung zu der brennenden Tagesfrage „Wohnungsbau und Bauwirtschaft 1930“ Stellung.

Der Abgeordnete Grafmann vom ADGB, nie in seinem Referat auf die ausschlaggebende Bedeutung des Bauwesens für die gesamte Wirtschaft hin.

Prof. Busching-München stellte fest, daß die gemeinnützige Bautätigkeit heute etwa die Hälfte des gesamten Wohnungsbaues umfasse und auch künftig der stärkste Träger des Kleinwohnungsbaus bleiben werde.

In einer Entschließung wurde die Verwirklichung billig vermietlicher öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau gefordert, sowie die gesetzliche Sicherstellung von Hauszinssteuerermäßigungen in bezug auf ihren Umfang und ihre Dauer.

In der Debatte ergriff auch der Reichsarbeitsminister Biffell das Wort, der in den letzten Monaten seine immer wieder betonte Position auch zugunsten des Wohnungsbaus in harten Kämpfen zu verteidigen hatte.

Die Reichspost in der Wirtschaftsdepression.

In der letzten Sitzung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost stellte der Reichspostminister Dr. Schäfel für fast alle Betriebszweige der Reichspost in den Monaten von April bis Dezember eine Verkehrssteigerung fest.

Stärke Zunahme des Ballabfahes. Im Monat Februar stellte sich der Abzug des deutschen Postkontingentes auf 202 gegenüber 144 Millionen Doppelpennern Reintakt im Februar vergangenen Jahres.

Rentable staatl. Braunkohlegruben. Die von der Preussischen Elektrizitätsw.-G. und den Reichselektrowerken gemeinsam beherrschte Braunkohlengewerkschaft Kohlenbergwerke A.-G. hat im letzten Jahr ihren Reinnamenn trotz Herausforderung der Abschreibungen auf 1,4 Millionen Mark auf 1,6 gegen 1,30 Millionen Mark erhöhen können.

Abstufung und Haldebildung im Braunkohlebergbau. Die seit drei Jahren anhaltende starke Konjunktur im deutschen Braunkohlebergbau hat durch den außergewöhnlich milden Winter in Verbindung mit der allgemeinen industriellen Depression einen scharfen Rückschlag erfahren.

Sozialdemokratie und Young-Plan.

Eduard David begründet die Zustimmung.

Der Reichstag ist am gestrigen Donnerstag um 15 Uhr wieder zusammengetreten und begann sogleich mit der 2. Beratung des Young-Plan-Befehes...

Berichterstatter Abg. Dr. Hoeyß (Chrnat. Arbgem.) leitete die Verhandlungen ein.

Abg. Hülfs (3.) bejauert, als erster sprechen zu müssen, jedoch ist noch kein anderer Redner gemeldet. Wir sind zwar enttäuscht durch das Ergebnis vom Haag...

Eine bittere Enttäuschung erleben diejenigen, die von der belächelten Arbeiterregierung eine Politik der Geradlinigkeit und der Verständigung, eine europäische Politik erwarteten...

Die Liquidation des Krieges führt der Young-Plan nicht herbei, er ist nur eine neue Klappe auf dem Darmenweg, den wir seit 11 Jahren gehen müssen und dessen Ende nach nicht zu sehen ist.

Bevor das Zentrum irgendein Votum abgibt, muß die Sicherung der Finanzen gesichert sein.

Das fordern wir nicht aus Egoismus oder Rachgünte, sondern weil der Reichstag sonst nicht die Verantwortung für die aufzunehmende Entscheidung tragen kann.

Abg. Dr. Reichert (Dnat.) wiederholt die bekannte Kritik seiner Partei an dem Young-Plan, der weniger Sicherungen und Revisionsmöglichkeiten als der Dawes-Plan enthalte.

Den der ersten Young-Plan-Rate fehlen noch 1000 Millionen und schon ist unsere Finanzlage kritisch und die Arbeitslosigkeit ungeheuer; obwohl Auslandskapital in großen Mengen herbeigeholt ist...

Die Zulage der Steuerentlastung hat der bayerische Ministerpräsident Heid im Münchener Landtag als riesigen Schwindel und Schuldüberpiel bezeichnet.

(Zuruf links: Seht ist ja in München Pasching g'we'n!) Die Liquidationsabkommen wahren die deutschen Interessen in keiner Weise, Herr Darnburg hat in der Ausschussung gesagt: "Wir haben keine Veranlassung, unseren Kindern ein Paradies zu hinterlassen..."

Reichsaussenminister Dr. Curtius:

Der Reichsaussenminister wird in der dritten Sitzung sprechen. Ich gebe nur auf Einzelfragen ein. Der sprachliche Charakter des Dawes-Planes hat sich, je länger er dauerte, desto mehr zum Nachteil unserer Wirtschaft ausgewirkt...

Der Transfereschuh im Dawes-Plan hat nicht so funktioniert, wie wir und Sie erwartet haben.

Obwohl unsere Ueberzeugung war, daß Transfer auch bei Zahlungen aus dem Ueberfluß erfolgen dürfte, hat der Reparationsagent sich daran nicht gehalten. Die deutsche Wirtschaft ist zum großen Teil ins Ausland geflüchtet...

die Gesamtbelastung nach dem Gegenwärtigen zu vergleichen, d. h. 36 Milliarden Young-Plan gegen 49 Milliarden Dawes. Außerdem sind die Dawes-Raten durchschnittlich mindestens 2,7 Milliarden, beim Young-Plan aber 2 Milliarden, einfach zusammenrechnen und durch die Zahl der Jahre dividieren ist ganz unzulässig.

In den ersten 10 Jahren sind nach Young 7 Milliarden weniger zu zahlen, als nach Dawes. Ob wir einen Anspruch wegen sinkenden Warenwertes auf dem Geldmarkt haben, muß erst geprüft werden und wird der Finanzminister morgen darlegen.

Abg. Dr. David (Soz.):

Solche Reden wie nachhin von Herrn Reichert wird man, natürlich mit umgekehrtem Vorzeichen, nächstens im französischen Parlament von den Chauvinisten hören, die der französischen Regierung normieren werden...

Welches waren diese Vorkläge? Nicht ein Wort davon hat man uns gesagt.

(Sehr wahr!) Daß wir aber für die nächsten 10 Jahre rund 7 Milliarden weniger zu zahlen haben, steht fest. Ist das geringfügig?

Wenn wirklich einmal eine so voraussichtungslose Regierung bestanden hätte, die den Willen hätte, den Zahlungsplan zu zerstören, dann wären die Gläubigerstaaten gebunden an ein Urteil des Haager Gerichtshofes.

Erst danach könnten sie ihre Handlungsfreiheit gewinnen. Dann aber blieben immer noch der Locarno-Vertrag und der Kellogg-Pakt in Kraft, um einen Krieg zu verhindern.

Die Rechner von rechts sprechen davon gewöhnlich gar nicht für uns ist die Rheinlandräumung von der allergrößten Bedeutung. Manche haben wohl schon vergessen, daß wir nach Kriegs-

schluß mit der Abtreibung des Rheinlandes vom Deutschen Reich zu rechnen hatten, mit dem Verlust der schönsten Gebiete, des Cariens des Deutschen Reiches. Die Gewinnung dieses herrlichen Landes war ein Ziel Frankreichs seit Ludwig XIV., und Napoleon I. hat es teilweise erreicht.

Als sie am Widerstand Wilsons und Lloyd Georges scheiterte, forderte sie die dreißigjährige Besetzung, die auf eine fünfzehnjährige und in drei Zonen gestaffelte herabzudrücken gelang. Das Ziel war aber damit keineswegs aufgegeben...

Was die Bevölkerung des besetzten Gebietes unter diesem Regime persönlich, keulich und materiell gelitten hat, soll jetzt nicht im einzelnen geschildert werden. Der Haftensstand war dort nicht der Abschluß des Krieges, sondern brachte den Einmarsch einer feindlichen Armee, strengstes Militärregime, unbeschränktes Requisitionsrecht, Kriegsgerichte...

Wenn das alles nicht zu dem ersehnten Ziel der französischen Separatisten geführt hat, so ist das in erster Linie der Traue der rheinischen Bevölkerung zu danken. Ihre unerschütterliche Abwehr aller Losreisungsversuche hat diesen Erfolg gebracht...

Darf ich Ihnen mitteilen, daß in norderster Front dieses Abwehrkampfes Kauten, allen Bedrohungen, Schädigungen und Opfern zum Trotz, besonders der organisierten Arbeiterklasse, es waren vor allem die Gewerkschaften, die dem Separatistengespenst so tapfer und energisch den Hals umgedreht haben.

Dieses Verhalten der rheinischen Bevölkerung hat erst die psychologische Voraussetzung geschaffen für alles, was weiter politisch erreicht werden konnte. Denn dadurch sind die maßgebenden Kreise des französischen Volkes zu der Einsicht gekommen, daß die Bevölkerung der rheinischen Gebiete deutsch ist und deutsch bleiben muß.

Die Besetzungshäuden werden damit noch lange nicht verschmanden sein.

Zum Teil blieben dauernde Nachwirkungen, viele werden sich erst nach dem Abzug der fremden Truppen zeigen, aber auch durch die Räumung selbst entsteht neue wirtschaftliche Not. Es fallen große Einnahmen weg für die Gemeinden, für die städtischen Werke, für die Verkehrsunternehmungen usw.

Durch die Auflösung der deutschen Behörden, die wegen der Besetzung eingerichtet werden mußten, werden 2200 Beamte, Angestellte und Arbeiter ihre Stellung verlieren, insgesamt werden 4430 Personen die Arbeitslosigkeit vergrößern...

Das Reich wird Hilfe leisten müssen. Und darauf besteht ein moralischer Anspruch, der in diesem Fall ein Rechtsanspruch ist.

Advertisement for Baer Sohn clothing. Features a bear logo and '40 Jahre' text. Lists various clothing items like 'Blaue Anzüge', 'Frühjahrs-Anzüge', 'Einsegnungs-Anzüge', 'Lodenmäntel', 'Trenchcoats', 'Gummimäntel', 'Windjacken', and 'Lumberjacks' with prices.

